



SPD/FDP-Gruppe im
Rat der Gemeinde Wallenhorst



Herr Bürgermeister
Otto Steinkamp
Gemeinde Wallenhorst
Rathausallee 1

49134 Wallenhorst

Wallenhorst, 09.11.2017

Antrag zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit beim Einbruchschutz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

viele Bürgerinnen und Bürger zeigen sich besorgt aufgrund der Einbruchskriminalität in Wallenhorst. Zwar gingen die Einbruchszahlen jüngst deutschlandweit zurück, sie verbleiben jedoch auf hohem Niveau und stellen eine Ausnahme gegenüber den sonst stärker zurückgehenden Formen schwerer Kriminalität dar. Speziell Wallenhorst scheint aufgrund seiner für Kriminelle verlockenden „Standortfaktoren“ stark betroffen zu sein. Unsere Gemeinde in der Nähe zu Osnabrück ist nicht nur relativ wohlhabend, sondern auch exzellent an Verkehrsschnellwege angebunden. Der Lebensstandard und die Infrastruktur, über die sich die Wallenhorsterinnen und Wallenhorster freuen, ziehen leider ebenso Kriminelle an.

Hinzu kommt, dass über Einbruchsdelikte nicht nur in der regionalen Presse vermehrt berichtet wird, sondern durch die Verbreitung und Diskussion in sozialen Netzwerken auch der subjektive Eindruck mangelnder Sicherheit verstärkt wird. Ob dieser Eindruck objektiv zutrifft, ist dabei für das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger nicht von Belang. **Die Wallenhorsterinnen und Wallenhorster fordern ein entschiedenes Vorgehen gegen diese Form der Kriminalität.**

Die Möglichkeiten einer Gemeinde sind hier jedoch begrenzt, da eine Zuständigkeit weder für das Strafrecht (Bund) noch für die Polizeiausstattung vor Ort (Land) gegeben ist. Entsprechende Initiativen auf kommunaler Ebene müssen sich auf Apelle beschränken.

Allerdings zeigt die aktuelle Entwicklung der Fallzahlen auch, dass **Präventionsmaßnahmen** wirksam sind. Eingebrochen wird meist über leicht erreichbare Fenster und Wohnungs- bzw. Balkontüren. Insbesondere mit entsprechenden mechanischen Sicherungen scheitern Einbruchsversuche. So waren 2016 bereits 44,3 Prozent der Einbrüche nicht erfolgreich gegenüber 42,7 Prozent in 2015. Die tatsächlichen Fallzahlen werden noch höher geschätzt, da erfolglose Versuche im Gegensatz zu vollendeten Einbrüchen nicht immer bemerkt werden. Viele Einbrüche können demnach durch richtiges Verhalten, aufmerksame Nachbarn und die richtige Sicherungstechnik verhindert werden.

Die SPD/FDP-Gruppe ist deshalb der Ansicht, dass die Gemeinde die Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit verstärken sollte, um Wallenhorst sicherer zu machen. Entsprechende Maßnahmen sind nicht nur sinnvoll, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen, sondern können auch objektiv die Einbruchszahlen senken, wenn Wallenhorst als „schwierigeres Pflaster“ für Kriminelle gilt.

Wir beantragen, die Öffentlichkeitsarbeit zum Einbruchschutz auszubauen und kurzfristig ein schnell umsetzbares Konzept zur Stärkung der Präventionsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.

Teile eines solchen unter Einbeziehung des Präventionsrates zu erarbeitenden Konzeptes können sein:

- Organisation einer Ausstellung bzw. Messe zum Einbruchschutz (z.B. im Rathaus-Foyer) unter Beteiligung der Polizei, der Versicherungswirtschaft sowie der örtlichen und regionalen Handwerker,
- Hinweise auf Investitionszuschüsse zum Einbruchschutz durch die KfW im Rahmen der Informationsangebote der Gemeinde und entsprechende Beratungsangebote im Umfeld der o.g. Ausstellung bzw. Messe,
- bessere Bewerbung der vorhandenen Angebote, z.B. Verlinkung der Online-Wache der Polizei auf der Homepage der Gemeinde und Bereitstellung/Verlinkung von Hinweisen und Information zu bewährten Präventionsmaßnahmen und/oder
- Bereitstellung von Prospektmaterial mit Hinweisen zu korrektem Verhalten und zu Basis-Maßnahmen beim physischen Einbruchschutz auf geeigneten Kanälen:
 - o im Rahmen des Internetauftritts der Gemeinde,
 - o als Auslage im Rathaus und weiteren Gemeindeeinrichtungen,
 - o als Beilage zu Bescheiden über Anträge auf Neu- und Umbaumaßnahmen,
 - o als Auslage in Banken und Sparkassen, die beim Antrag auf einen Baukredit darauf hinweisen können sowie
 - o als Beilage zum Bürger-Echo oder als eine Serie von Verhaltenshinweisen im öffentlichen Teil des Mitteilungsblattes.

Wir schlagen dabei vor, Information und Prävention in den Mittelpunkt zu rücken, ohne die Bürgerinnen und Bürger zu sehr zu lenken oder gar zu bevormunden. Eine eigene finanzielle Beteiligung der Gemeinde an Fördermaßnahmen sollte deshalb ebenso wenig Teil der verstärkten Präventionsmaßnahmen sein wie Vorgaben im Bereich des eigenen Baurechts zum Einbruchschutz.

Inhalte für solche Angebote stehen bereits vielfältig bereit und müssen nicht seitens der Gemeinde erst entwickelt werden, z.B. durch <http://www.polizei-beratung.de>, <http://www.k-einbruch.de/> oder die Nachbarschaftsaktion „Augen auf für nebenan“ des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebunds (NSGB). Kurzfristige Maßnahmen sind möglich, die Gemeinde sollte sie umsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



(Guido Pott)



(Markus Steinkamp)